

Sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates,
sehr geehrte Damen und Herren,

bereits zum Ende des Jahres 2024 zeichnete sich ab, dass die finanzielle Zukunft der Stadt Bergneustadt nicht nur auf wackeligen Beinen steht, sondern zumindest kurz- und mittelfristig katastrophal ist.

Dies liegt aber nicht – entgegen Vermutung mancher – an einem verschwenderischen Ausgabenpolitik der Verwaltung. Dazu herrscht auch vollständige Transparenz und jeder / jede der Fragen hat, wie sich welche Haushaltspositionen auf das Gesamtergebnis auswirken, bekommt auch dafür eine Antwort.

Ich möchte Ihnen zunächst die Ursachen für diese Finanzlage erläutern:

Zunächst einmal ist festzustellen, dass unsere Erträge nicht genauso schnell steigen, wie unser Aufwand.

Die wesentlichen Steigerungen in der Planungsperiode sind folgende:

- Kreisumlage: 2023 = 22,7 Mio. €, 2027 = 25,1 Mio. €
- Zinsen: 2023 = 1,4 Mio. €, 2027 = 2,6 Mio. €
- Personalaufwand: 2023 = 7,0 Mio. €, 2027 = 8,3 Mio. €
- Zusätzlich:
- Erhöhter IT-Bedarf (konsumtiv), gestiegene Energiekosten, Inflation, ...

Insbesondere beim Personalaufwand ist festzustellen, dass wir hier nicht viele neue Menschen zusätzlich eingestellt haben (das hätte ich gerne). Vielmehr ist hier durch Tarifabschlüsse ein dickes Paket an zusätzlichen Kosten entstanden.

Sehr geehrte Damen und Herren, bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Ich gönne den Kolleginnen und Kollegen die Tarifierhöhungen. Geld dafür haben wir indes nicht.

Immer wieder Thema ist die Kreisumlage. Diese steigt um Millionenbeiträge. Da könnte ich natürlich die ganze Schuld auf den Kreis und sein Ausgabeverhalten schieben.

Aber das wäre nicht richtig. Der Oberbergische Kreis hat in gleichem Maße neue Aufgaben zu leisten, die ihm die Gesetzgeber im Land und im Bund aufbürden – ohne dafür einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu leisten. Außerdem möchte ich in Erinnerung rufen, dass auch der OBK eine erhebliche Umlage an den Landschaftsverband zahlen muss. Hier wünschte ich mir beim LVR tatsächlich ein anderes Ausgabeverhalten im Bereich freiwilliger Leistungen wie zum Beispiel Museen.

Aber selbst wenn die Stadt, der Kreis und der LVR alle freiwilligen Leistungen auf „Null“ herunterfahren, wäre das Haushaltssicherungskonzept bei uns nicht vom Tisch. Es würde nicht reichen.

Aber was würde denn helfen?

Die Antwort ist meiner Meinung nach leicht:

Land und Bund müssen für die Kommunen eine auskömmliche Finanzausstattung schaffen. Die kommunale Familie erledigt die Aufgaben für Bund und Land. Dazu muss sie auch finanziell entsprechend ausgestattet sein. Und genau das ist m.E. nicht der Fall.

Gerne möchte ich ein paar Beispiele dazu benennen:

Die Reform des Wohngeldgesetzes sorgte dafür, dass wir erheblich mehr Wohngeldempfänger haben. Dazu brauchte es eine Personalaufstockung, die uns jedes Jahr 80.000,- € kostet, Büroausstattung, Software etc.

IT-Sicherheit kostet ebenfalls Geld, Das Programm „Gute Schule“ hat uns sehr geholfen, unsere Schulen technisch sehr gut auszustatten. Aber irgendjemand muss sich um Updates, Wartung etc. kümmern. Da kommen sehr schnell wieder Personalkosten und Dienstleistungskosten auf uns zu, die das Land jedoch nicht übernimmt.

Auch der Ausbau der Ganztagsbetreuung kostet uns enorm viel Geld. Zwar gibt es einen Zuschuss des Landes, aber der reicht wahrscheinlich noch nicht einmal um 30 % der Kosten zu decken. Wir haben aber auch nicht Chance, den Ausbau nicht vorzunehmen. Wir müssen den vom Land oder Bund geschaffenen Anspruch auf Ganztagsbetreuung umsetzen. Auch hier werden wir finanziell hängen gelassen.

Und so kann ich tatsächlich sagen, dass das Haushaltssicherungskonzept im Wesentlichen durch externe Faktoren verursacht wird!

Da aber gerade in sozialen Medien einige Mythen gepflegt und immer wieder neu diskutiert werden, nutze ich diese Gelegenheit erneut mit diesen Geschichten, Behauptungen und Mythen aufzuräumen.

Da wäre zum Beispiel das Integrierte Stadtentwicklungskonzept, welches seit Jahren in Politik und Bürgerschaft Thema ist.

Hier wurden bislang etwas weniger als 4 Millionen Euro ausgegeben. Eine stolze Summe, die – wenn die Stadt sie denn aufbringen müsste – den Haushalt tatsächlich sehr belasten würde. Da wir uns aber in einem Förderverfahren befinden, bleiben eben diese 4 Mio Euro nicht an der Stadt hängen. Bei einer Förderquote von 80 % (und im Jahr 2020 hatten wir sogar 100 %) bleiben der Stadt Eigenanteile in Höhe von etwas weniger als 800.000,- €. Immer noch eine stolze Summe. Aber auch diese stellt im Ergebnis nicht die echte Belastung für den Haushalt dar. Nur der konsumptive Teil der Summe – d.h. Abschreibungen und Zinsaufwand sind im Ergebnis wirksam.

Ich möchte das anhand der Treppenanlage in der Talstraße berechnen. Je nach Berechnung haben diese Treppen 350.000,- € gekostet. 20 % davon sind 70.000,- €. Wenn ich davon den Zins und die Abschreibung berechne, kommen effektive Kosten von 3.150,- € auf die Stadt im Haushalt eines Jahres vor. Das sind übrigens 0,00005 % der ordentlichen Aufwendungen des Jahres 2025. Anders ausgedrückt handelt es sich dabei gerade einmal um etwas mehr als einen halben Grundsteuerpunkt nach alter Berechnungsweise.

Wer also behauptet, dass bei Verzicht auf die Treppenanlagen im Talpark die Grundsteuer um 350.000,- € hätte gesenkt werden können offenbart in erster Linie, dass der- oder diejenige überhaupt keine Ahnung von kaufmännischer Buchführung hat.

Dennoch ist genau dieser Teil intensiv diskutiert worden, weil er von einigen wenigen als absolut sinnlos tituliert wurde. Auch dazu möchte ich anmerken, dass wir in insgesamt 5 öffentlichen Beteiligungsveranstaltungen über die gesamte Ausstattung des Talparks gesprochen und diskutiert

haben. Und da wurde die Treppenanlage von den Teilnehmern nicht gestrichen – vielmehr war es Wunsch, hier genauso zu verfahren, wie wir es als Stadt umgesetzt haben.

Gibt es denn auch positive Entwicklungen?

Denn die Entwicklung in der Stadt geht weiter. Neue Kitas, Ausbau der OGS, Radewegebau, Altstadtsanierung, neuer Wohnraum in der Innenstadt, Wohnbaugebiete, ein hausärztliches Versorgungszentrum, die Entwicklung des Extramarktgeländes und nicht zuletzt die Entwicklung der Gewerbegebiete sind die großen Meilensteine und auch ein Beleg für die gute Arbeit in Rat und Verwaltung.

Das macht Hoffnung und diese Hoffnung haben wir auch sehr konkret in das Haushaltssicherungskonzept eingearbeitet.

Das Gewerbegebiet Dreiort ist planerisch so gut wie fertig, die ersten Bagger und Räumgeräte waren unterwegs. Bereits jetzt gibt es eine höhere Nachfrage als Bauplätze zur Verfügung stehen.

Und trotzdem werden wir gezielt in die Vermarktung einsteigen um für die Bürgerinnen und Bürger das bestmögliche Ergebnis, sprich die bestmögliche Auswahl an Unternehmen mit neuen Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen und nicht zuletzt mit guten Gewerbesteuerzahlungen zu erreichen.

Wir werden kurzfristig weitere Gewerbeflächen zur Verfügung stellen können um so dauerhaft und strukturell unsere Haushaltssituation zu gesunden. Darüber hinaus deutet sich im Bundestagswahlkampf an, dass zumindest die großen Parteien an einem Entschuldungsprogramm für die Kommunen festhalten wollen. Machen die Ihre Wahlversprechen auch wirklich wahr, besteht sehr große Hoffnung, dass wir von einer hohen Zinslast zumindest in großen Teilen entlastet werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte an dieser Stelle noch einmal etwas betonen, dass uns in Bergneustadt ausmacht:

Trotz dauerhaft klammer Kassen arbeiten wir hier alle konsequent an der Weiterentwicklung der Stadt. Mir ist keine Kommune im Umkreis bekannt, die so wenig Geld hat und bei der sich trotzdem soviel Gutes entwickelt. Der Dank dafür gilt meinem hochengagiertem Team in der Verwaltung und mein Dank dafür gilt auch dem Stadtrat mit seinen Ausschüssen, die im permanenten Wettstreit um die besten Ideen für die Stadt erheblich zu dieser Entwicklung beitragen.

Bleiben Sie optimistisch (!!!) - denn mit Pessimismus allein werden wir diese Stadt nicht weiter nach Vorne bringen!